

VISIONEN DEMOGRAFIE
HYBRIDE LEISTUNGSERSTELLUNG PARTIZIPATION
INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT
REGIONALISIERUNG
KONZEPTIONIERUNG FINANZIERBARKEIT
INFORMATIONSTECHNIK

Zukunftsperspektiven des ländlichen Raums

Die Herausforderungen für die kommunale Daseinsvorsorge durch den demografischen Wandel

Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

DOKUMENTATION FEBRUAR 2014



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort		Gruppe 1: Schulentwicklung und Kinderbetreuung	5
Kann sich der ländliche Raum neu erfinden?	2	Gruppe 2: Medizinische Versorgung und Pflege vor Ort	7
Einführung		Gruppe 3: Kommunale Infrastruktur	9
Mehr Dorf für weniger Menschen	3	Zusammenfassung	11
Probleme des demografischen Wandels im ländlichen Raum	5		



Die **Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl** bildet seit über 40 Jahren die Beamtinnen und Beamten des gehobenen nicht technischen Verwaltungsdienstes in Baden-Württemberg aus. Ihre Absolventinnen und Absolventen arbeiten in den Kommunalverwaltungen, Landratsämtern und Ministerien des Landes. Mehr als drei Viertel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Baden-Württemberg studierten an der Hochschule in Kehl oder an der Schwesterhochschule in Ludwigsburg. Die Hochschulen stellen somit die Zentren für die Vermittlung kommunaler Kompetenz im Land dar.

Hochschule für öffentliche
Verwaltung Kehl

UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES

VORWORT: KANN SICH DER LÄNDLICHE RAUM NEU ERFINDEN?

„Der demografische Wandel ist in aller Munde, aber nicht in allen Köpfen!“, stellte Alfred Winkler MdL treffend zu Beginn der Tagung „Zukunftsperspektiven des ländlichen Raums“ am 4. November 2013 in Kehl fest. Das Fritz-Erler-Forum, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg, hatte gemeinsam mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl zu dieser Veranstaltung eingeladen. Ziel war es, eine Plattform für den Austausch zwischen Politik, Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung sowie Expertinnen und Experten aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen. Im Fokus standen dabei die Herausforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Das Thema ist vielschichtig, betrifft es doch ganz unterschiedliche Lebensbereiche der Bürgerschaft wie auch Verantwortungsbereiche der politischen Ebenen.

Verschiedene Szenarien der Bevölkerungsvorausrechnung sind uns heute schon bekannt. Alle deuten darauf hin, dass wir im Jahr 2030 in Baden-Württemberg „weniger, bunter und älter“ sein werden. Das heißt, junge Menschen werden zunehmend aus ländlichen Räumen abwandern, die Bevölkerung wird insgesamt schrumpfen und im Ganzen wesentlich älter sein als heute. Dies hat zur Folge, dass die Auslastung und der Erhalt der örtlichen Infrastrukturangebote noch schwieriger werden. Welche Weichen können und müssen wir im Hinblick auf Schule, Betreuung, Ärzteversorgung, Pflege und kommunale Infrastruktur schon heute stellen? Sicher gibt es kein Patentrezept, mit dem sich diesen Herausforderungen begegnen lässt. Doch eines haben auch die Diskussionen in Kehl gezeigt: Um die Lebensqualität im länd-

lichen Raum zu erhalten, ist mehr Zusammenarbeit vonnöten, und zwar sowohl im Bereich der bürgerschaftlichen Partizipation – im Sinne einer Zusammenarbeit mit den Bürgern – als auch im Bereich der interkommunalen Kooperation. Darin liegt auch eine Chance für den ländlichen Raum: sich selbst in gewisser Weise neu erfinden zu müssen und zu können.

Unser besonderer Dank bei der Durchführung der Veranstaltung gilt allen Referentinnen und Referenten, den fachkundigen und diskussionsfreudigen Teilnehmenden, aber vor allem auch den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl: Herrn Prorektor Prof. Dr. Jürgen Kegelmann, Frau Prof. Charlotte Schulze, Herrn Prof. Dr. Jürgen Fischer, Herrn Prof. Günter Stephan, Frau Vanessa Schmidt sowie den Studierenden Simon Stoll, Ellen Trixi Sarbacher, Matthias Rök, Joel Müller, Matthias Fix und Tobias Heyduk.



Vinzenz Huzel, Referent im Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung

EINFÜHRUNG: MEHR DORF FÜR WENIGER MENSCHEN

Einen Einstieg mit Zahlen, Daten und Fakten machte Jens Ridderbusch vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Er stellte die wichtigsten Trends der vergangenen Jahre und Szenarien der Bevölkerungsvorausrechnung vor.

DER DEMOGRAFISCHE WANDEL IM LÄNDLICHEN RAUM

Der ländliche Raum im engeren Sinne, so Jens Ridderbusch, umfasst in Baden-Württemberg 61 % der Landesfläche. In ihm leben 26 % der Bevölkerung. Die IREUS-Studie des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung aus dem Jahr 2011 zeigt, dass der Anteil des ländlichen Raums an der Bruttowertschöpfung des Landes stabil bei rund 30 % liegt. Damit hat der ländliche Raum in Baden-Württemberg eine wesentlich bessere Ausgangslage als in anderen Bundesländern. Jens Ridderbusch verdeutlichte die Bevölkerungsabnahme im ländlichen Raum seit 2002. Die Wanderungssalden in ländlichen und in verdichteten Räumen gehen deutlich auseinander. Insbesondere hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung zeigt der ländliche Raum seit 2006 – einen zunehmend negativen Trend, im Gegensatz zu den Agglomerationen mit den Ober- und Mittelzentren. Dies liegt auch an den Wanderungen junger Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, in deren Kohorte der Trend zur (Re-)Urbanisierung auffällig sei. Sie zieht es verstärkt, der Ausbildung oder dem Studium geschuldet, in die großen Zentren. Eine Abwanderung aus städtischen Gebieten ist lediglich bei den 35- bis 49-Jährigen festzustellen. Das geringe Zuwanderungspotenzial für



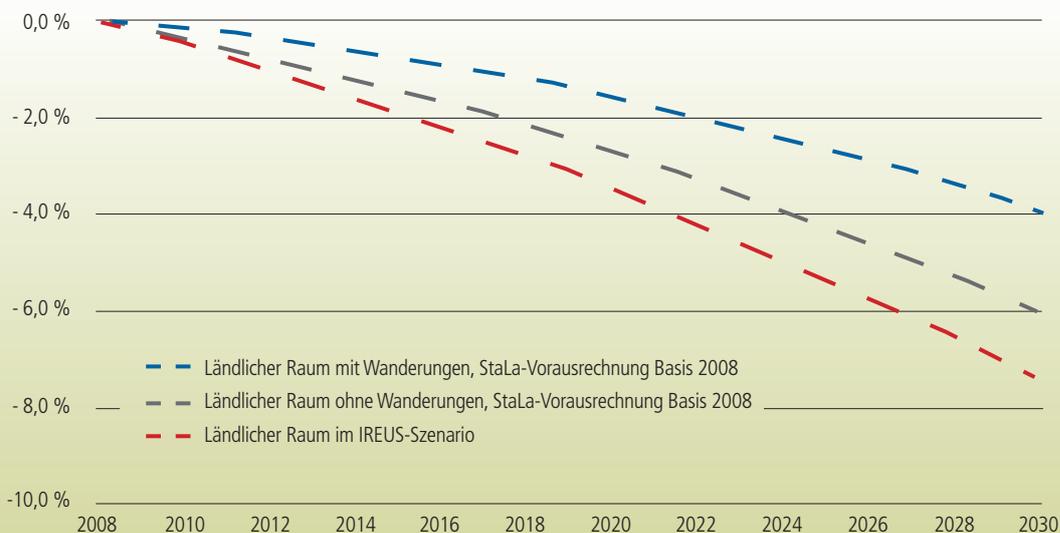
Jens Ridderbusch ist Referent beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in der Abteilung Sozialwissenschaftliche Analysen und Familienforschung.

den ländlichen Raum wird deutlich, wenn man auf Grundlage der Vorausrechnungen bis 2030 von einer Abnahme der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg um 7 bis 9 % ausgeht. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen ist mit einer Abnahme von bis zu 25 % zu rechnen. Die zunehmende Überalterung, insbesondere im ländlichen Raum, wird erst recht am Anteil der über 60-Jährigen deutlich, der auf bis zu 45 % steigen wird.

WICHTIGE HANDLUNGSFELDER FÜR KOMMUNEN

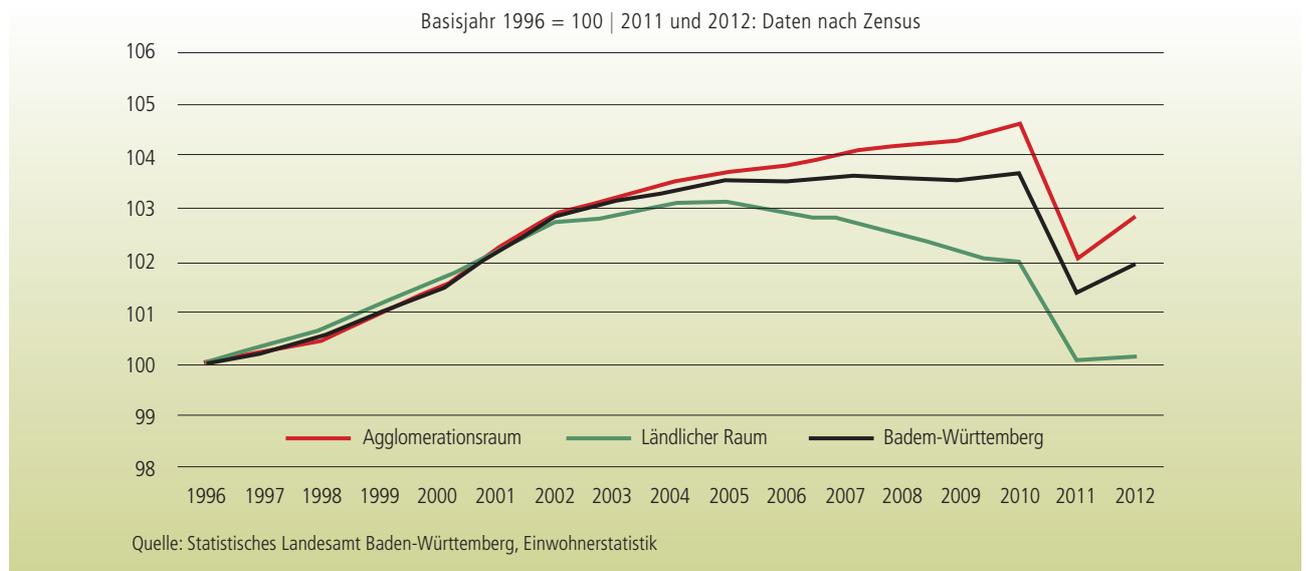
Jens Ridderbusch identifizierte acht zentrale Handlungsfelder, die verstärkt in kommunalen Entwicklungskonzepten berücksichtigt werden müssen: (1) Sehr wichtig sei der Bereich *Betreuung, Bildung und Jugend*, die Themen rund um (2) *Fachkräfte, Beruf und Familie*, außerdem kommen große Herausforderungen auf (3) *Infrastruktur und*

Bevölkerungsvorausrechnung 2008 bis 2030



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung; IREUS 2011, S. 154

Bevölkerungsentwicklung 1996 bis 2012



Daseinsvorsorge zu. Eng damit verbunden sind die Handlungsfelder (4) *Gesundheitsversorgung und Vorsorge* sowie (5) *Wohnen für Ältere, Hilfe und Pflege*. Hier müssen vor allem Themen wie altersgerechtes Wohnen zu Hause, Barrierefreiheit, Fahrdienste, Alltagshilfen etc. geklärt werden. So kann der (6) *Generationenzusammenhalt* zum starken Gut einer sozialen Kommune werden. Eine Kommune, die für ihre Attraktivität und Zuwanderung werben will, muss sich klar durch ihre (7) *Willkommenskultur und ihr Integrationsengagement* kennzeichnen. Die Themen Versorgung, Erreichbarkeiten, Innenentwicklung, Leerstandsmanagement, Gemeinschaftsleben, Verhältnis Zentrum-Ortsteile sind zentrale Angelegenheiten, denen das Handlungsfeld (8) *Siedlungsentwicklung und Mobilität* gerecht werden muss.

Aus diesen Handlungsfeldern ergibt sich für Städte und Gemeinden die zentrale Fragestellung: Wie kann man als Kommune Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger sein und gleichzeitig als Gemeinde selbst zur Marke werden?

DEN WANDEL GEMEINSAM GESTALTEN

Der Wandel, der durch diese Handlungsfelder angestoßen werden soll, kann nur durch die Zusammenarbeit aller Akteure erfolgreich gestaltet werden. Hier muss es sich um ein breites Spektrum handeln, das sich von der öffentlichen Verwaltung mit Gemeinderäten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landkreisen bis in den Pflegebereich, der von Ärzten und Apothekern, aber auch von Wohlfahrtsverbänden abgedeckt wird, erstreckt. Vereine und Kirchen decken zusätzlich den karitativen, aber auch viele andere gesellschaftliche Bereiche ab. Der enge Kontakt zwischen Verwaltung und

Bildungsträgern sowie die Kooperation von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten untereinander sind zwingend notwendig. Genauso müssen aber auch Einzelhandel, Verkehrsunternehmen, Wohnungsbaugesellschaften und nicht zuletzt die Zivilbevölkerung an einem Strang ziehen. Dabei kann die Einrichtung von Arbeitsgruppen helfen. Stärken und Schwächen müssen aufgezeigt und die einzelnen Prozessschritte genau aufgezeigt werden, um ein kommunales Handlungs- und Entwicklungskonzept zu entwerfen.

WIE KANN SO EIN KONZEPT AUSSEHEN?

Um ein Handlungskonzept zu entwickeln, müssen zunächst Ideen gesammelt und Ziele formuliert werden. Dieser erste Prozessschritt sollte möglichst transparent und unter Einbezug möglichst aller kommunalen Akteure erfolgen. Das bedeutet auch, dass über Bürgerbeteiligung die Menschen vor Ort ganz gezielt motiviert und für das Entwicklungskonzept interessiert werden können. Denkbar ist z. B., ein Bürgernetzwerk zu etablieren, das die Gemeinde im weiteren Prozessverlauf unterstützt. Allerdings müssen bei Einbezug zahlreicher Akteure Verantwortlichkeiten und Prioritäten eindeutig festgelegt werden. Ein beratendes Gremium kann den Gemeinderat nicht ersetzen.

Regelmäßige Bilanzierungen bilden die Grundlage für die Evaluierung des Konzepts. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg unterstützt Kommunen bei der Entwicklung solcher Konzepte.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.kommunales-managementverfahren.de

PROBLEME DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IM LÄNDLICHEN RAUM



Alfred Winkler ist seit 2002 Abgeordneter der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Als Mitglied im Landtagsausschuss für ländlichen Raum und Verbraucherschutz und ehemaliger Ortsvorsteher ist er Experte für die Entwicklungen in Dörfern und Kommunen.

„Junge Leute mit Hochschulzugangsberechtigung gehen zum Studieren in die großen Städte und kommen meistens nicht wieder zurück!“, so Alfred Winkler. Denn oft findet die gut ausgebildete junge Generation in ihrer ländlichen Heimat keine Stelle in ihrem Fachgebiet. Ein Grund hierfür ist, dass der ländliche Raum überwiegend vom Handwerk, teilweise noch von der Landwirtschaft, aber nur selten von der Industrie geprägt ist. Diese Probleme müssen aufgezeigt und umgehend behandelt werden. Außerdem muss, so Alfred Winkler, der Begriff der traditionellen Daseinsvorsorge

erweitert werden. Die Nahversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sollte zukünftig auch als Aufgabe der Gemeinden angesehen werden. Nach wie vor ist es ein politisches Ziel, auch in ländlichen Gemeinden gleichartige Lebensqualität zu schaffen. Hierzu bedarf es auch von politischer Seite eines enormen Engagements: Infrastruktur, Einzelhandel, die medizinische Versorgung, das kulturelle Angebot und vieles mehr müssen gefördert werden. Es gehe folglich in Zukunft eher um „Schöner wohnen“ als um „Besser leben“, so Winkler.

GRUPPE 1: SCHULENTWICKLUNG UND KINDERBETREUUNG



v. l. n. r.: Jens Ridderbusch, Daniel Hager-Mann, Ruth Schütz-Zacher

Ruth Schütz-Zacher ist Realschullehrerin und seit 2012 stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg.

Daniel Hager-Mann ist Referent im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg in der Stabsstelle Gemeinschaftsschulen und Inklusion.

Hans-Jürgen Lutz ist Jugendhilfeplaner im Jugendamt Ortenaukreis in Offenburg und Koordinator des Ortenauer Bündnisses für Familien.

Dr. Günther Petry ist seit 1998 Oberbürgermeister der Stadt Kehl.

Den Einstieg in die Diskussionsrunde machte **Daniel Hager-Mann** mit Eckpunkten der aktuellen Debatte zur regionalen Schulentwicklung. Er erläuterte, wie sich die Schullandschaft künftig verändern wird und bislang verändert hat. Grundsätzlich ist damit zu rechnen, dass bis 2020 die Schülerzahlen in Baden-Württemberg auf unter eine Million fallen werden. Dies bedeutet, dass nicht jeder Schulstandort erhalten bleiben kann. Notwendig sind stabile Schulstandorte mit ausreichenden Schülerzahlen und einem möglichst breiten Angebot auf hohem Niveau. Weiterführende Schulen, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahrgängen weniger als 16 Schülerinnen und Schüler vorzuweisen haben, müssten im Regelfall geschlossen werden. Dabei ist aber zu gewährleisten, dass ein entsprechender Bildungsabschluss in zumutbarer Nähe erreicht werden kann. Die Landesregierung spricht sich in ihrem Konzept zur regionalen Schulentwicklung für ein Zwei-Säulen-Modell aus.

Demnach soll sich neben den Gymnasien ein sogenannter „integrativer Bildungsweg“ etablieren, der unter dem Begriff der Gemeinschaftsschule bekannt ist. Für die Eingangsklassen sind 40 Schülerinnen und Schüler das Minimum, um die Genehmigung zu erlangen. Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, den Schulträgern und den verschiedenen Schulen, insbesondere zwischen den Haupt- und Werkrealschulen, spielt hierbei eine zentrale Rolle, denn in ländlichen Regionen können nur interkommunal getragene Schulen erhalten werden. Leitziel ist weiterhin die möglichst gute Bildung von Kindern und Jugendlichen. Der Wettbewerb zwischen den Schulen ist hierbei nicht besonders förderlich. Im ländlichen Raum lassen sich Gemeinschaftsschulen oft nicht realisieren, sodass sie überwiegend in Zentren geschaffen werden. Eine gute Verkehrsanbindung des ländlichen Raums ist daher unerlässlich. Ein möglichst wohnortnaher Schulplatz ist erstrebenswert, jedoch nicht immer zufriedenstellend verwirklichtbar.

Die höchste Priorität muss weiterhin die Qualität des Bildungsangebots besitzen. Umstritten ist dabei der weitere Umgang mit den Grundschulen. Die meisten Gemeinden bestehen trotz rückläufiger Schülerzahlen auf Grundschulen vor Ort. Auch der Kehler Oberbürgermeister **Dr. Günther Petry** bezog hier deutlich Stellung für den Erhalt der Grundschulen. Die neue

Form der Gemeinschaftsschule werde von Eltern und Lehrern oftmals sehr kritisch gesehen. In den letzten zwölf Jahren haben die Schülerzahlen an den Gymnasien stark zugenommen. Es muss also verhindert werden, dass die Gemeinschaftsschule als die Schule der „Übriggebliebenen“ angesehen und daher von den Eltern abgelehnt wird. Insofern muss auch zukünftig viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, um die vielen Vorteile des neuen Schultyps Gemeinschaftsschule deutlich zu machen. In jedem Fall muss die Qualität der Bildungseinrichtung stimmen und kontinuierlich optimiert werden, denn dies ist aus Sicht der Elternschaft ausschlaggebend.

Ruth Schütz-Zacher von der GEW Baden-Württemberg betonte, dass nur durch sehr gute Ganztagskonzepte das Vertrauen der Eltern gewonnen werden kann. Viele Eltern sind verunsichert und nicht bereit, in so großem Umfang Verantwortung an die Schulen abzugeben. Sie wollen zum Teil selbst mit ihrem Kind die Hausaufgaben erledigen oder befürchten, dass Musik- oder Sportvereine zu kurz kommen. Genau diese Vereine gilt es ins Boot zu holen und in das Ganztagskonzept zu integrieren. Ein gebundenes Ganztagskonzept sieht vor, dass Kinder bestmöglich gefördert und betreut werden. Schularbeiten werden deshalb in ausreichender Form und Qualität an der Schule gemacht. Damit sollte der Schultag für die Kinder aber auch beendet sein. Bisher handelt es sich bei den Ganztagschulen um Pilotprojekte. Ziel ist es, bis 2014/2015 ein einheitliches Konzept zu erarbeiten. Die Frage der Finanzierung darf dabei jedoch nicht vergessen werden. Gerade bei dem für die Gemeinschaftsschule so wichtigen Vorhaben der Inklusion und auch bei der Einstellung weiterer Erzieherinnen und Erzieher tun sich die Kommunen oft schwer mit der Finanzierung. Die Qualität der schulischen Bildung ist somit im Grundsatz zu optimieren, nicht zuletzt, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Der Gemeinschaftsschule kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Sie kann unter anderem auch die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie verbessern, wovon nicht nur berufstätige Frauen profitieren würden.

Ruth Schütz-Zacher erweiterte die Diskussion um das Thema Kinderbetreuung. Auch hier ist die Qualität der Kindertagesstätten ein entscheidendes Kriterium und Grundlage für die weitere Bildung der Kinder. Im

Mittelpunkt muss stets das Wohl des Kindes stehen. Die verhältnismäßig schlechte Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern fördert dies nicht unbedingt. Auch an diesen Stellschrauben muss folglich gedreht werden, will man die Kleinkindbetreuung verbessern.

Entscheidend für die Umsetzung von Bildungs- und Betreuungskonzepten für Kinder und Jugendliche ist mehr Transparenz von Seiten des Gesetzgebers. Es sollte ersichtlich werden, welche Perspektiven eröffnet werden sollen, welche Ziele man verwirklichen möchte und welchen Bedarfen man gerecht werden will. Bei qualifizierter Bedarfsplanung müssen die Eltern einbezogen werden. Eine weitere Forderung an den Gesetzgeber ist die verbindliche Regelung der Inklusion. Zweifellos ist die Aufrechterhaltung oder

Einrichtung wohnortnaher, vielfältiger Bildungsangebote im ländlichen Raum eine große Herausforderung. Dabei müssen sich zwangsläufig mehrere nicht tragfähige Standorte zu zukunftssicheren Bildungszentren zusammenschließen. Im Vordergrund sollten aber pädagogische Gesichtspunkte und nicht Standortfragen stehen.

Hans-Jürgen Lutz, Jugendhilfeplaner im Jugendamt Ortenaukreis in Offenburg und Koordinator des Ortenauer Bündnisses für Familien, unterstrich die Notwendigkeit sowohl demografischer Vor-Ort-Strategien als auch regionaler Gesamtstrategien. Dialog- und Kooperationsfähigkeit sind zentrale Herausforderungen. Deshalb gilt es, Koalitionen vor Ort zu schaffen und für eine qualifizierte Bedarfsplanung zu sorgen.

GRUPPE 2: MEDIZINISCHE VERSORGUNG UND PFLEGE VOR ORT



v. l. n. r.: Hartmut Alker, Dr. Germar Büngener, Prof. Jürgen Fischer

Hartmut Alker ist Ministerialdirigent im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.

Dr. Germar Büngener ist Allgemeinmediziner, Kreisärztevorsitzender des Bodenseekreises und niedergelassener Hausarzt.

Herr Ministerialdirigent Alker Ministerialdirigent Hartmut Alker betonte die Rolle der Politik. Die IREUS-Studie (Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung) zeigt, dass der ländliche Raum in Baden-Württemberg wirtschaftlich relativ stark ist. Ziel der Politik muss es also sein, die Daseinsvorsorge mit örtlich angepassten Strategien sicherzustellen. Er stellte verschiedene Initiativen des Ministeriums für

Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vor, unter anderem das Modellprojekt „Verbundweiterbildung plus Ländlicher Raum“, ein telemedizinisches Projekt im Ostalbkreis, die Breitbandinitiative II und den Ideenwettbewerb „Elektromobilität Ländlicher Raum“.

Um die medizinische Versorgung langfristig sicherzustellen, muss mit unterschiedlichen Projekten und

Modellen der ländliche Raum für Ärztinnen und Ärzte attraktiver gemacht werden. Er nannte beispielhaft ein Projekt in Kooperation mit der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, das junge Ärzte über Praktika in Praxen im ländlichen Raum gewinnen will. Außerdem sollten Landärzte dabei unterstützt werden, Facharztprüfungen zu absolvieren. Qualität und Vielfalt der ärztlichen Versorgung sollen erhalten bleiben. Als wichtige Handlungsfelder der Politik benannte **Hartmut Alker** die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze im ländlichen Raum, den Ausbau der Wissensinfrastruktur, die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge und die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) ist seiner Ansicht nach ein geeignetes Mittel dazu. Das strukturpolitische Instrument mit vier Förderschwerpunkten zielt (1.) auf die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen, (2.) die Schaffung von Wohnraum in den historischen Ortslagen, (3.) die Förderung von Einrichtungen für das Gemeinschaftsleben und (4.) die Sicherung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen. Hartmut Alker fasste als wichtigste Ziele zusammen, dass Infrastruktureinrichtungen, so weit als möglich, erhalten werden sollen. Dabei muss gleichzeitig die Erreichbarkeit gewährleistet sein. Im Dialog vor Ort sind neue Konzepte und Lösungen zu entwickeln. Die Kooperation aller Beteiligten ist dabei der Schlüssel zum Erfolg.

Der Mediziner **Dr. Germar Büngener** sprach ebenfalls von der Notwendigkeit, den Ärztenachwuchs stärker an die Tätigkeit als Landarzt oder Hausarzt im ländlichen Raum heranzuführen. Bei vielen Ärzten lässt die Freude am Beruf nach, da sich die Bedingungen z. B. durch zunehmende Aufgaben, Bürokratie und Mangel an Freizeit verschlechtern haben. Die ländlichen Gemeinden sind gefragt, für die nötige Work-Life-Balance zu sorgen. Auch Identifikation und emotionale Bindung zum Wohnort können von der Kommune beeinflusst werden. Zusätzlich sollten Kommunen zukünftig mehr Verantwortung übernehmen und z. B. Praxen mit Arbeitsbedingungen (Teilzeitmodelle etc.), die vor allem für junge Fachkräfte attraktiv sind, anbieten.

Einen Grund für die rückläufige Zahl an Landärzten sieht Dr. Germar Büngener im hohen Numerus clau-

sus für das Medizinstudium. Einser-Abiturientinnen und Abiturienten sind häufig mehr an Forschung als an Praxis interessiert. Das derzeitige Aufnahmeverfahren führt somit zu einer Selektion zugunsten der vornehmlich an Forschung interessierten Nachwuchskräfte und nicht derer, die die hausärztliche Medizin wählen möchten. Viele weitere Interessierte und Engagierte erhalten dagegen keine Chance, sich für den Medizinberuf zu qualifizieren. Potenzielle Landärzte werden folglich vom Studium abgehalten. Aufgabe der Kultusministerkonferenz ist es, dagegen etwas zu unternehmen. Die Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium müssen entsprechend angepasst werden.

Der demografische Wandel führt zu einem Anstieg der Behandlungsfälle pro Arzt. Ältere Menschen benötigen häufiger Ärzte und einige Krankheiten sind auch bei jüngeren Menschen auf dem Vormarsch (z. B. Diabetes mellitus). Das macht deutlich, wie dringend der Handlungsbedarf ist.

Auch die Altersverteilung der aktuell hausärztlich tätigen Ärzte führt zu einem Versorgungsengpass. Aktuelle Zahlen zeigen, dass etwa ein Viertel von ihnen über 60 Jahre alt ist oder in Kürze diese Altersgrenze erreichen wird. Der hausärztliche Nachwuchs, legt man die Zahl von jährlich 100 erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der Facharztprüfung in Baden-Württemberg zugrunde, wird diese drohende Lücke nicht schließen können. Dr. Germar Büngener ist sich sicher, dass die steigende Zahl an Behandlungsfällen die Qualität mindern und die Fehlerquote erhöhen wird.

Telemedizin ist eine Möglichkeit, die Effizienz und Qualität der hausärztlichen Versorgung bei sinkenden Arztlizenzen und steigender Behandlungszahl aufrechtzuerhalten.

Einige Teilnehmende kritisierten die Tatsache, dass für Hochleistungsmedizin sehr viel Geld ausgegeben wird, diese aber nur wenigen Menschen zur Verfügung steht. Auch die Kooperation von Ärzten und Pflegesektor wurde kritisch diskutiert. So existieren beispielsweise keine Kooperationsverträge, die Pflegediensten erlauben, Hausärzte zu entlasten. In anderen Staaten werden oftmals Rahmenverträge geschlossen, die exakt festhalten, was Pflegekräfte tun

dürfen, um Ärzte effizient zu entlasten. Dieses System kommt beiden Seiten zugute. Um eine bestmögliche medizinische Versorgung sicherzustellen, sollten Ärzte und hoch qualifizierte Pflegekräfte zukünftig besser Hand in Hand arbeiten können.

Ein weiteres Problem, das von den Teilnehmenden mehrfach angesprochen wurde, ist die Schwierigkeit, geeigneten Nachwuchs für die Ausbildung in Pflegeberufen zu gewinnen. Der Beruf hat ein schlechtes

Image und die Pflegekräfte werden in der Regel schlecht bezahlt. Außerdem muss die Pflegedokumentation entbürokratisiert werden. Die Leidenschaft für Pflege- und medizinische Berufe muss bei jungen Menschen geweckt und gezielt gefördert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind jedoch auch angehalten, ihre Bedürfnisse in die Politik zu tragen, um so konkret auf die Verbesserung der Situation in Pflege und medizinischer Versorgung Einfluss zu nehmen.

GRUPPE 3: KOMMUNALE INFRASTRUKTUR



v. l. n. r.: Michael Gutjahr, Kirstin Niemann, Alfred Winkler

Kirstin Niemann ist Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung im Fachbereich Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung der Stadt Offenburg.

Michael Gutjahr ist Leiter des ENBW-Regionalzentrums Nordbaden und Rheinhausen.

Frau Prof. Charlotte Schulze betonte, dass sich der demografische Wandel zwar in bestimmten Altersgruppen manifestiert, dessen Konsequenzen aber für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen spürbar sein werden. Demnach handelt es sich um eine gemeinsame Herausforderung für die gesamte Bürgerschaft. Gleichzeitig tangieren diese Veränderungen alle Fachbereiche in der Kommunalverwaltung.

Alfred Winkler MdL betonte, dass die Versorgung im ländlichen Raum bereits heute nicht gewährleistet ist. Bezüglich der Nahversorgung wurde in Baden-Württemberg versäumt, neben großen Einkaufszentren auch kleine Geschäfte im ländlichen Raum zu halten. Die Konsequenz ist, dass mit subventionier-

ten Dorfläden die entstandenen Lücken geschlossen werden müssen.

Die ärztliche und medizinische Versorgung ist in allen Landesteilen unerlässlich: Ziel muss es sein, die ländlichen Regionen für Ärztehäuser und -gemeinschaften attraktiv zu halten.

Kirstin Niemann, Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung im Fachbereich Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung der Stadt Offenburg, betonte, dass speziell für ältere Menschen etwas getan werden muss. Doch auch das soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist wichtig für das soziale Zusammenleben und die Attraktivität einer Kommune.

Michael Gutjahr, Leiter des ENBW-Regionalzentrums Nordbaden und Rheinhausen, erklärte, wie die demografische Entwicklung und die zunehmende auf die Städte ausgerichtete Orientierung der Bürgerinnen und Bürger den Erhalt des ländlichen Raumes als einen eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum gefährdet. Immer mehr Dienstleister, Nahversorger und Einzelhändler ziehen sich aus der Fläche zurück und verursachen so eine Kettenreaktion in der Abwanderung von Kaufkraft. Gleichzeitig verlieren die Immobilien auf dem Land an Wert. Langfristig ist der Erhalt kommunaler Infrastruktureinrichtungen sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen wirtschaftlich schwierig. Punktuell werden Kommunen im ländlichen Raum zu dezentralen Energieerzeugungsstandorten (z. B. Photovoltaik und Wind) mit der Konsequenz, dass entsprechende Versorgungsstrassen gebaut werden müssen. Michael Gutjahr berichtete über das Projekt „Komm in“ der Gemeinde Sternenfels. Unter einem Dach wurde ein kommunales Dienstleistungszentrum geschaffen, in dem Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung von Dienstleistern, Einzelhändlern und kommunalen

Einrichtungen erzielt werden. Heute existieren in Baden-Württemberg zehn „Komm-in“-Zentren. Ziel ist es, interkommunal Synergien zu bilden, um Infrastruktureinrichtungen gemeinsam zu nutzen. Auch wenn es wünschenswert ist, Energieversorgung und moderne Telekommunikationsinfrastruktur im ländlichen Raum auszubauen und zu erhalten, muss man sich über die steigenden Kosten bewusst sein, die bei abnehmendem Verbrauch entstehen. Die Energiewende kann für den ländlichen Raum eine große Chance sein. So werden vor allem Windkraftanlagen errichtet. Und auch über Photovoltaikanlagen findet Wertschöpfung vor Ort statt. In vielen Ortschaften wird inzwischen mehr Strom erzeugt als verbraucht. Bürgerbeteiligungsverfahren sind eine Chance, diese Strategie weiterzuerfolgen und vermehrt umzusetzen.

In den kommenden Jahren werden die Kommunen untereinander verstärkt um Einwohner und Infrastruktur konkurrieren. Es ist daher unerlässlich für Kommunen, althergebrachte Strukturen aufzubrechen, um im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsame Wege und Lösungen zu finden.



v. l. n. r.: Prof. Dr. Jürgen Kegelmann (Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl), Vinzenz Huzel (Friedrich-Ebert-Stiftung)

ZUSAMMENFASSUNG

VON PROF. DR. JÜRGEN KEGELMANN, HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG KEHL



v. l. n. r.: Alfred Winkler, Hartmut Alker, Prof. Jürgen Kegelmann, Daniel Hager-Mann

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die gemeinsamen Entwicklungslinien aller drei Handlungsfelder herausgearbeitet.

Abnehmende Einwohnerzahlen sind möglicherweise verbunden mit einem Qualitätsverlust vor Ort in den Bereichen Bildung, Versorgung und Infrastruktur. Die Kernfrage lautet deshalb, wie trotz „demografischer Schrumpfungsprozesse“ die Qualitätsstandards aufrechterhalten, vielleicht sogar ausgebaut werden können. Als „Bausteine“ zur Qualitätssicherung wurden verschiedene Strategien angesprochen:

1. Wenn die „lokalen“ Einheiten zu klein werden, dann sind Verbundansätze auf regionaler Ebene eine mögliche Antwort. Verbunden ist dies mit einem Zuwachs an interkommunaler Planungs- und Umsetzungsverantwortung (Stichwort: Regionalisierung und interkommunale Zusammenarbeit).
2. Damit werden die Handlungsfelder allerdings auch komplexer, sodass der konzeptionellen Entwicklungsarbeit eine wachsende Bedeutung zukommt. „Kommunales Durchwurschteln“ stößt deshalb an Grenzen (Stichwort: Konzeptorientierung).
3. Die neue Form der Zusammenarbeit umfasst nicht nur staatliche Verbünde, sondern schließt auch die „Zivilgesellschaft“ und den „Markt“ mit ein. Bürgerpartizipation im Bereich regionaler Bildungs-, Pflege- und Infrastrukturplanung ist deshalb ein Muss (Stichwort: Partizipation). Die Leistungen können dann durchaus auch im Rahmen neuer, „hybrider“ Organisationsformen bereitgestellt werden, das heißt

Organisationsformen, die auch Elemente marktlicher und zivilgesellschaftlicher Leistungserbringung umfassen, z. B. in Form der Genossenschaft (Stichwort: Hybridisierung der Leistungserstellung).

4. Dabei spielen auch die neuen Möglichkeiten der Informationstechnologie eine große Rolle. Telemedizin und andere Errungenschaften moderner Technik können die demografische Schrumpfung teilweise kompensieren (Stichwort: Informationstechnik).

Bei allen Strategien wurde aber auch deutlich, dass sie nur umsetzbar sind, wenn ausreichend Geldmittel zur Verfügung gestellt werden (Stichwort: Finanzierbarkeit), und es auch neue Visionen und Denkmodelle braucht (Stichwort: Vision), um „in der Krise die Chance“ zu entdecken. ▶



Prof. Jürgen Kegelmann

Themenfelder/ gemeinsamer „roter Faden“, der in der Abschlussdiskussion herausgearbeitet wurde	AK 1: Schulentwicklung und Kinderbetreuung	AK 2: Medizinische Versorgung und Pflege vor Ort	AK 3: Kommunale Infrastruktur
Was ist das Ziel? In allen AKs wurde deutlich, dass immer die „Qualität“ im Vordergrund stehen muss.			
Qualität der Bildung und Betreuung	... der Pflege und medizinischen Versorgung	... und Leistungsfähigkeit der Infrastruktur
Trend zur Regionalisierung: In allen AKs wurde deutlich, dass die Bedeutung und Steuerung auf der regionalen Ebene zunehmen.			
Regionalisierung durch regionale Schulentwicklung	... durch regionale Pflegekonzepte	... durch regionale Verbundansätze (z. B. im Bereich Breitband etc.)
Es geht nicht ohne Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.			
Partizipation der Eltern im Bereich der Schulentwicklungsplanung ... des Lehrpersonals bei der Weiterentwicklung der Schule	... der Bürgerschaft bei der Bedarfsanalyse ... der Ärztinnen/Ärzte u. a. bei der Entwicklung innovativer Konzepte	... der Bürgerschaft und der Wirtschaft bei Entwicklung und Betrieb von Infrastruktur
Interkommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger.			
Interkommunale Zusammenarbeit z. B. in kleinen Gemeinden bei der Schulentwicklung (s. auch Regionalisierung) und beim Betrieb der Schulinfrastruktur (weg vom „Kirchturmdenken“)	... bei der medizinischen Versorgung und dem Betrieb von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen	... bei der Bereitstellung von Infrastruktur
„Hybridisierung“ der Leistungserbringung, das heißt, Staat, Markt in Form von Privatunternehmen und dritter Sektor arbeiten bei der Leistungserbringung verstärkt zusammen (Einbindung der Zivilgesellschaft wird immer wichtiger).			
Neues Verhältnis von Staat, Markt und drittem Sektor z. B. durch stärkere Zusam- menarbeit zwischen „privaten Initiativen“ (Privatschulen) und staatlichen Schulen ... z. B. durch stärkeres Engage- ment der Privatwirtschaft in der Kinderbetreuung ... z. B. durch „Bildungspartnerschaften“	... z. B. durch starke Integration der freien Träger in Planung und Umsetzung im Bereich der Pflege ... z. B. durch Engagement von Firmen bei der Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum	... z. B. durch neue Organisations- formen (z. B. Genossenschaften) im Bereich der Energiewende, in denen private, zivilgesellschaftliche und öffentliche Träger gemeinsam die Infrastruktur bereitstellen ... durch neue Finanzierungs- formen und Betreibermodelle ... durch Ergänzung von „Privatwirtschaft“ und „Ehrenamt“ in der Nahraumversorgung etc.
Konzeptionelle Grundlage ist Voraussetzung für die erfolgreiche Aufgabenbewältigung und für die Sicherstellung der Qualität.			
Konzeptionelle Grundlagen durch kommunale und regionale Bildungskonzepte Informationstechnik als wichtige Unterstützungsleistung	... regionale Konzepte zur ärztlichen Versorgung (mit Aussagen über Anreize, neue Modelle der medizinischen Versorgung etc.)	... z. B. intelligente Mobilitäts- konzepte ... z. B. intelligente Nutzungs- konzepte im Einzelhandel
Informationstechnik als wichtige Unterstützungsleistung			
IT-Unterstützung durch z. B. Datenbanken bei der Kindergartenplanung; intelligente IT-gestützte Anmeldeverfahren	... Telemedizin ... virtuelle Patientenakten etc.	... Smart Metering (z. B. Energiewende)
Es braucht auch „Visionen“ (neue kraftvolle, kreative Bilder) und eine hohe Prozesskompetenz.			
Es braucht neue „Visionen“ und Prozesskompetenz zur Steuerung der Schul- entwicklung und -planung (Ministerium entwickelt sich auch in Richtung „Prozessbegleiter“)	... zur Steuerung der nachhaltigen Pflegeversorgung (z. B. Ärzten/Ärztinnen „Lust aufs Land“ machen)	... zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur und zur Entwicklung (Wie gehen wir mit „Post-Wachstum“ um?)
Es braucht auch Ressourcen zur Planung und Umsetzung.			
Es braucht Ressourcen zur Umsetzung.	Frage nach der Finanzierung der neuen Modelle (z. B. Ressourcen- konflikte zwischen Land und Kommunen)	Fragen nach der Finanzierung der Pflege und der ärztlich-pflegeri- schen Versorgung (Stichwort: Pflegekräftemangel)	Frage nach der Finanzierung der Infrastruktur

Impressum:

© Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg | Dr. Sabine Fandrych (V. i. S. d. P.) | Werastraße 24 | 70182 Stuttgart |
 Telefon: 0711 248394-3 | Fax: 0711 248394-50 | Mail: info.stuttgart@fes.de | www.fritz-erler-forum.de | https://www.facebook.com/fritzerlerforum |
 Redaktion: Vinzenz Huzel, Prof. Dr. Jürgen Kegelmann, Patrick Saiger | Fotos: Vanessa Schmidt | Gestaltung: pellens.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.